

Fraktion GAL/DIE LINKE

in der Stadtverordnetenversammlung
der Stadt Hocheim am Main

Stellungnahme zum Entwurf des Haushaltsplans (Doppelhaushalt) 2017/2018

(es gilt das gesprochene Wort)

Sehr geehrte Frau Stadverordnetenvorsteherin
Herr Bürgermeister,
meine sehr geehrten Damen und Herren,

in Erwartung der fortgeschrittenen Stunde (zumindest bei der üblichen Reihenfolge der Haushaltsreden) und der dann bei allen dann schon etwas strapazierten Aufmerksamkeit habe ich versucht, meinen Beitrag möglichst kurz zu halten:

Der vorgelegte Entwurf des Doppelhaushalts schließt im Jahre 2017 mit einem Überschuss von knapp 3,44 Mio. Euro und im Jahre 2018 mit einem Überschuss von 3,14 Mio. Euro ab. Selbst wenn wir die erwarteten außerordentlichen Erträge (Buchgewinne aus Grundstücksveräußerungen außer Acht lassen, so sind dies im ordentlichen Ergebnis immer noch 1,3 Mio. Euro bzw. knapp 0,9 Mio. Euro im Plusbereich. Auch dieser Doppelhaushalt schließt (bei planmäßigem Verlauf) also erheblich besser ab, als in unserem langfristigen Konsolidierungskonzept erwartet, das ja erst ab 2019 die legendäre „schwarze Null“ ausweist.

Auch die Defizite aus den Vorjahren werden weiter ausgeglichen. Sie betragen zu Beginn des Planungszeitraums rund 9,1 Mio. und werden in dessen Verlauf um ca. 3,1 Mio. Euro abgebaut, so dass Ende 2018 noch 5,9 Mio. Euro verbleiben. Diese Verringerung ist erfreulich. Sie muss weiter fortgeführt werden, denn bei diesen Beträgen handelt es sich um die in den Vorjahren kumulierten Kassenkredite, die mit erheblichen Zinsrisiken behaftet sind, sobald die EZB ihre bisherige Zinspolitik verändert.

Auf der Ausgabenseite wäre die Absenkung der Kreisumlage um knapp zwei Prozentpunkte im Grunde vielleicht auch positiv zu erwähnen, auch wenn wir (wie andere kreisangehörige Gemeinden) durch die höheren konjunkturbedingt höheren Einnahmesituation faktisch natürlich nicht weniger, sondern mehr zahlen und die Einnahmesituation des Main-Taunus-Kreises sich dadurch insgesamt verbessert hat.

Dass in einer Situation, in der die Städte und Gemeinden sich noch immer um Haushaltskonsolidierung bemühen, die schwarz-grün-gelbe Koalition im kleinsten Kreis der Bundesrepublik glaubt, sich als einziger Landkreis in Hessen einen vierten

hauptamtlichen Dezernenten leisten zu müssen und dies auch noch presse-öffentlich mit der politischen Forderung eines Koalitionspartners begründet wird („Preis der Demokratie“) lässt die eher virtuelle Einsparung dann doch in einem anderen Licht erscheinen.

Anrede

Wir haben bewusst auf förmliche Anträge zum Haushalt verzichtet und dies auch schon in der Beratung begründet:

Vor dem Hintergrund der Stabilisierungsphase unserer städtischen Finanzen halten wir es für den richtigen Weg, zunächst die vorhandenen Standards zu sichern, d. h. einerseits keine „Wundertüten“ aufzumachen aber auch keine städtischen Leistungen zu reduzieren. Ebenso wenig halten wir es für angezeigt, die Bürger/innen mit höheren Abgaben zu belasten. Die vom Bürgermeister auf den moderaten Wert von 5 % reduzierte Erhöhung der Hebesätze von Grundsteuer B und Gewerbesteuer können wir mittragen. Die nach dem Konsolidierungskonzept ursprünglich vorgesehene Erhöhung von 20 % für uns in der aktuellen Situation nicht in Frage. Auch und gerade im Hinblick auf die in absehbarer Zeit auf die Bürger/innen zukommenden wiederkehrenden Straßenbeiträge aufgrund einer rechtlich für uns bindenden Anweisung des hessischen Innenministers.

Zusammengefasst:

Der Haushalt ist in beiden Jahren ausgeglichen, und baut mit Überschüssen anteilig die Kassenkredite ab. Auch vermeidet er für diesen Planungszeitraum Eingriffe in städtische Leistungen und gravierende finanzielle Belastungen der Bürgerinnen und Bürger. Die in den Beratungen erfolgten Änderungen wirken sich gegenüber der Ursprungsvorlage nicht wesentlich oder negativ aus.

Wir werden dem Entwurf in seiner aktuellen Fassung daher in vollem Umfange zustimmen.

Anrede

Gestatten sie mir noch einen kurzen Ausblick auf die nähere Zukunft:

Wir können nicht die Augen verschließen vor finanziellen (Sonder-) Belastungen, die für Hochheim in den Folgejahren potentiell noch im Raum stehen. Ich nenne hier nur einige Beispiele:

Die Herstellung der Barrierefreiheit beim Zugang zu den Bahnsteigen des Hochheimer Bahnhof in alle Fahrtrichtungen. Nicht nur als Modellkommune für Inklusion ist die gegenwärtige Situation untragbar.

Die Lärmschutzmaßnahmen an der A 671, über die ja nun in einem Bürgerentscheid befunden werden soll. Bei positiver Entscheidung mit ist dies mit erheblichen Folgekosten verbunden.

Die Sicherstellung der Bedarfsdeckung in der Kinderbetreuung.

Die Wohnungssituation im Hinblick auf den Wegfall öffentlich geförderten Wohnraums aus der Sozialbindung bei gleichzeitig steigender Nachfrage durch Bezieher niedriger Einkommen. Die Flüchtlingskrise ist nicht die Ursache – hat dieses bereits bestehende Problem aber verschärft in den Fokus gerückt. Auch hier wird ein noch stärkeres kommunales Engagement zwingend gefordert sein.

Anrede

Zwar weist die erwartete Entwicklung der Folgejahre im Finanzplanungszeitraum - also bis zum Jahre 2020 weiterhin positive Ergebnisse aus. Wir wissen aber, je weiter wir in die Zukunft planen, um so spekulativer werden unsere Zahlen.

Dass der Haushaltsentwurf ausgeglichen vorgelegt werden konnte ist nicht ausschließlich ein Resultat von Konsolidierungsmaßnahmen auf der Ausgabenseite. Die überwiegende Ursache ist eine konjunkturbedingte Einnahmesteigerung also durch äußere Rahmenbedingungen

Wenn ich heute diese äußeren Rahmenbedingungen unserer Haushaltspolitik zum wiederholten Male anspreche, so deshalb, weil ich deutlich machen will, dass eine „Haushaltskonsolidierung“ auf der örtlichen Ebene nur dann nachhaltigen Erfolg haben kann, wenn sich eben diese Rahmenbedingungen nicht negativ verändern. Eine Verstetigung der Einnahmesituation der Städte und Gemeinden ist vonnöten. Und hier sind Bund und Land gefordert. Da muss gerade in diesem Wahljahr auch gesagt werden.

Die seit eineinhalb Jahrzehnten betriebene Steuer- und Sozialpolitik, hat statt dessen den Kommunen wesentliche Finanzmittel entzogen und sie andererseits mit neuen Aufgaben und Problemen belastet. Dies muss sich grundlegend ändern.

Abschließend meinen herzlichen Dank an die Mitarbeiter von Verwaltung und Stadtkämmerei. Herrn Petry – auch für die gute und engagierte Unterstützung bei den Haushaltsberatungen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

Hochheim, den 26. 01. 2017



(Heinz M.Merkel), Fraktionsvors.